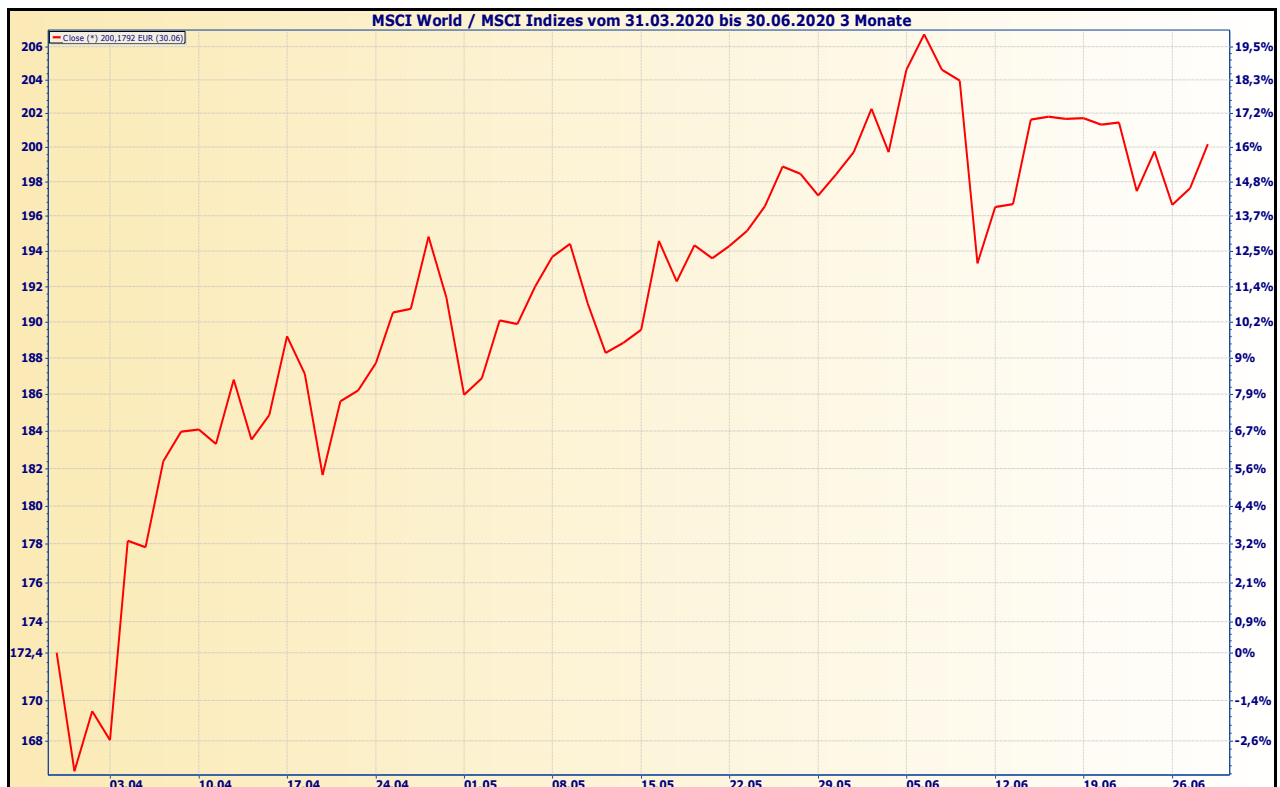


Kommentar des Fondsberaters Schmitz & Partner AG:

Auf den **internationalen Aktienmärkten** gab es im **zweiten Quartal** eine Fortsetzung der Mitte März begonnenen kräftigen Kurserholung nach den hochdramatischen (Corona-)Entwicklungen in den Monaten Februar und März. Der Weltaktienindex in Euro sprang um 16 Prozent:



Quelle: vwd portfolio manager 6.31.2

Trotz des deutlichen Anstiegs in den letzten drei Monaten liegt der Weltaktienindex seit Anfang des Jahres aber noch immer mit sieben Prozent im Minus.

Etwas besser steht der Aktienmarkt in der Schweiz dar, der für den *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds mit einem Anteil von Schweizer Aktien von knapp 30 Prozent am Fondsvermögen besonders von Bedeutung ist. Der Swiss Market Index (SMI) kletterte im Berichtszeitraum um über sieben Prozent. Seit Anfang des Jahres beträgt das Minus damit nur noch sechs Prozent. Nach dem scharfen Einbruch von Mitte Februar bis Mitte März um fast 30 Prozent ist das ein nicht von vielen Börsianern vorhergesehener Kursanstieg, den die Schweizer Börse als eine der besten Aktienmärkte in den ersten sechs Monaten des Jahres hingelegt hat.

Viele andere Aktienbörsen in Europa notieren seit Jahresanfang weiterhin im tiefroten Bereich, so zum Beispiel in Deutschland, England, Frankreich, Italien oder Spanien. Europaweit haben die Aktienmärkte seit Jahresbeginn immer noch 14 Prozent verloren (Euro-Stoxx 50) – trotz der zwischenzeitlichen kräftigen Kurserholungen.

An den **Rentenmärkten** gab es nur wenig Bewegung, nachdem noch im ersten Quartal nicht nur Aktien, sondern auch Staatsanleihen heftige Kursverluste einstecken mussten. In der Schweiz schwankte die Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen mit nur kleinen Ausschlägen nach unten und oben und lag zur Jahresmitte nahezu unverändert bei -0,50 Prozent. Und auch in Deutschland pendelte sich die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen bei -0,50 Prozent ein.

Am **Devisenmarkt** neigt der Euro mittel- und langfristig nach wie vor zur Schwäche und der Schweizer Franken steigt im Gegenzug weiter. Von dieser Entwicklung profitiert nach wie vor insbesondere der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds, der mit rund 35 Prozent des Fondsvermögens in Schweizer Franken investiert ist. Kurzfristig zog die Schweizerische Nationalbank den Euro im Laufe des zweiten Quartals durch massive Käufe am Devisenmarkt zwar zwischendurch um drei Eurocent auf 1,09 Franken noch oben.¹ Aber nachdem dieser manipulative Eingriff verpufft war, pendelte sich der Devisenkurs wieder auf sein Ausgangsniveau zu Beginn des Berichtszeitraums bei 1,06 Franken pro Euro ein.

Mit der geplanten und größtenteils schon beschlossenen massiven Ausweitung der Staatsschulden zur Abmilderung der Folgen der Corona-Krise innerhalb der Europäischen Union „erhalten Diskussionen über den Zerfall der Euro-Zone Auftrieb“². Und so sind Schlagzeilen und Überschriften zu lesen wie „Euro wird unter Druck kommen“³ oder „Das Glaubwürdigkeitsproblem des Euro wächst“⁴. Denn die „Explosion der Verschuldung“ wird „schließlich die Entwertung des Euro auslösen.“⁵ Um diese (trotz allem wohl nicht vermeidbare) Entwicklung zu verhindern, setzt die Politik in der Eurozone alle Hebel in Bewegung. Aber: „Wenn die Politiker mit ihrer Euro-Rettung um jeden Preis weitermachen, endet das für die Bürger und Unternehmen im Euroraum ruinös.“⁶

Wie stark der Euro schon jetzt an Kaufkraft eingebüßt hat, und dabei alles andere als „stabil“ ist, wie die Politiker es gerne ihren Bürgern weismachen wollen, zeigt ein Blick auf die folgende Grafik:

¹ Vgl. hierzu *Finanz und Wirtschaft* vom 29. April 2020, Seite 16 und auch *Finanz und Wirtschaft* vom 17. Juni 2020, Seite 17. In der zweiten Quelle werden die Devisenmarktinterventionen zugunsten des Euro „in diesem Jahr auf bislang annähernd 75 Mrd. Fr.“ geschätzt, so viel wie seit dem Jahr 2015 nicht mehr, als die Schweizerische Notenbank den festen Wechselkurs von 1,20 zum Euro aufgeben musste.

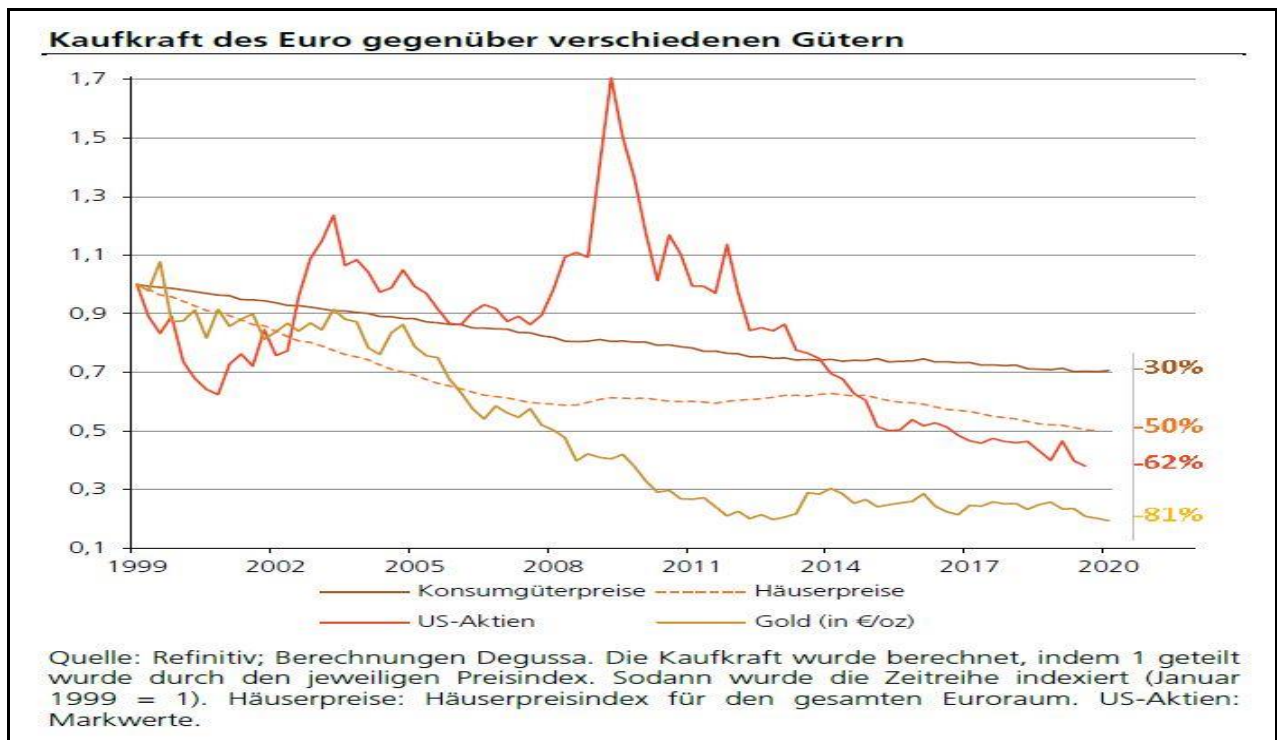
² *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. April 2020, Seite 21. In dem Artikel wird zwar nicht „mit einem Zerfall der Euro-Zone“ gerechnet, sondern „eher damit, dass die europäische Gemeinschaftswährung in den kommenden Jahren schleichend an Wert verliert.“

³ *Finanz und Wirtschaft* vom 22. April 2020, Seite 3. Der Autor *Rahim Taghizadegan* schreibt in seinem Aufsatz: „Krisenartig, also plötzlich und selbstverstärkend, ist schliesslich nur das potenzielle Ende einer Währung: die Flucht daraus. Dieses Schicksal wird den Euro wohl nicht so bald, aber dann womöglich überraschend ereilen.“ Taghizadegan ist Rektor des Scholariums in Wien und lehrt an der University of Applied Sciences in Krems.

⁴ *Neue Zürcher Zeitung* vom 23. April 2020, Seite 21.

⁵ *Flossbach von Storch AG, Research Institute*, Makro 26. März 2020. Die beiden Zitate stammen von Seite 2 und von Seite 5.

⁶ *Degussa Marktreport*, 23. April 2020, Seite 10.



Quelle: Degussa Marktreport, 18. Juni 2020, Seite 6

Seit seiner Einführung im Jahr 1999 hat der Euro, auf Basis der Konsumgüterpreise gemessen (braune Linie in der Grafik), bis heute 30 Prozent seiner Kaufkraft eingebüßt. Legt man die Häuserpreise im Euroraum zugrunde (gestrichelte orange Linie), betrug der Kaufkraftverlust des Euro 50 Prozent. Vergleicht man Entwicklung des Euro mit den Kursen amerikanischer Aktien (rote Linie), beläuft sich der Euro-Kaufkraftverlust auf 62 Prozent. Und gegenüber Gold (gelbe Linie) hat der Euro sogar 81 Prozent seiner Kaufkraft in den letzten rund 20 Jahren verloren.

Die Währung „Euro zu halten, war und ist also ein Verlustgeschäft. Der Euro ist nicht stabil, er wird chronisch inflationiert!“⁷ Ganz im Gegensatz zum **Schweizer Franken**, der in den letzten 20 Jahren **die beste unter den Währungen** in den Industrieländern war.⁸ Und so kommt *Peter Boehringer* in seiner lesenswerten halbseitigen Anzeige in der *Neuen Zürcher Zeitung* mit der Überschrift: „Mehr Europa durch weniger EU: Die Marktwirtschaft muss erhalten bleiben!“ mit seiner Ablehnung der EU zu der Erkenntnis: „Der Schweiz und inzwischen auch Großbritannien kann man nur gratulieren, dass sie sich von diesem Wohlstands- und inzwischen Friedensgefährdenden Eliten-Konstrukt fernhalten!“⁹

Doch zurück zu der erstaunlichen **Entwicklung der Aktienmärkte** in den letzten drei bis vier Monaten. Seit ihren Tiefständen Mitte März stiegen die Aktienbörsen in der Schweiz (SMI) um fast 25 Prozent, in Deutschland (DAX) sogar um 45 Prozent und weltweit

⁷ Degussa Marktreport, 18. Juni 2020, Seite 6.

⁸ Vgl. *Smart Investor*, Ausgabe Juni 2020, Seite 46.

⁹ *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. Juni 2020, Seite 4. Boehringer ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Haushaltsausschusses.

(MSCI World in Euro) um 30 Prozent! Und das im Umfeld katastrophal schlechter Wirtschafts- und Unternehmensdaten. In der Presse finden sich folgerichtig daher Überschriften wie: „Alles auf Aktien. Die Weltwirtschaft stürzt in die größte Krise seit 90 Jahren, trotzdem steigen die Börsen seit Wochen.“¹⁰ Oder auch: „Das Börsenvirus. Die Wirtschaft liegt am Boden, doch die Kurse an der Börse steigen und steigen.“¹¹ Das *Handelsblatt* titelt: „Rätselhafte Aktien-Rally“¹² und eine Überschrift in der *Neuen Zürcher Zeitung* lautet: „Die grosse Entkoppelung der Börsen von der Realwirtschaft“¹³.

Natürlich passen Einbrüche in der Wirtschaftsleistung in den großen Industrieländern von 25 bis 30 Prozent im zweiten Quartal¹⁴ und fast im selben Ausmaß steigende Aktienbörsen auf den ersten Blick nicht zusammen. Was also sind die Gründe für diese ungewöhnliche Diskrepanz zwischen Börse und Realwirtschaft?



Quelle: *Handelsblatt* vom 12. Mai 2020, Seite 29

Der Hauptgrund ist „**die größte Stimulierungswelle der Geschichte**“.¹⁵ Weltweit stemmen sich Notenbanken und Regierungen gegen die Folgen der Corona-Krise mit Maßnahmen, die „weltweit ohne historisches Vorbild“¹⁶ sind. Die Europäische Zentralbank

¹⁰ *DER SPIEGEL* vom 16. Mai 2020, Seite 67.

¹¹ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Mai 2020, Seite 23.

¹² *Handelsblatt* vom 8. Juni 2020, Seite 32.

¹³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Juni 2020, Seite 18.

¹⁴ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. Mai 2020, Seite 23. Andere Quellen sprechen vom „voraussichtlich tiefsten Absturz der deutschen Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. Juni 2020, Seite 1) und schreiben „Die deutsche Wirtschaft dürfte im zweiten Quartal in noch nie da gewesenem Maße einbrechen.“ (*Handelsblatt* vom 8. Juni 2020, Seite 12).

¹⁵ *FINANZWOCHE* vom 21. Mai 2020, Seite 1.

¹⁶ *Handelsblatt* vom 8. Juni 2020, Seite 32.

stockt ihr **Krisenprogramm** (PEPP) um 600 Milliarden Euro auf **1.350 Milliarden Euro** auf, die Laufzeit wird bis mindestens Mitte 2021 verlängert. Daneben läuft ein älteres Programm (PSPP) zum Ankauf von Anleihen für monatlich 20 Milliarden Euro bis mindestens Ende des Jahres weiter. Das *Handelsblatt* titelt folgerichtig: „**EZB geht in die Vollen**“.¹⁷

Die Zentralbank **in den USA** flutet seit Ende März die Märkte mit neu „gedrucktem“ Geld und erstmals kann die amerikanische Notenbank nicht nur Staatsanleihen, sondern auch Unternehmensanleihen kaufen und somit den Firmen direkt helfen. Darüber hinaus hat die Regierung in Washington ein **Billionen (!) schweres Rettungspaket** verabschiedet.¹⁸

In Deutschland hat die große Koalition **das größte Konjunkturpaket einer Bundesregierung** beschlossen – rund **130 Milliarden Euro** zur Überwindung der ökonomischen Folgen der Corona-Krise. Das Ergebnis des Koalitionsausschusses vom 3. Juni mit dem wohlklingenden Titel „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ hält auf 15 Seiten und in 57 Einzelpunkten fest, wie die Konjunktur gestärkt, Arbeitsplätze erhalten und die Wirtschaftskraft Deutschlands entfesselt werden soll.¹⁹ Das ist aber nur ein Bruchteil der tatsächlichen Belastungen. Der frühere Ifo-Präsident Professor *Hans-Werner Sinn* rechnet vor, das die Bundesregierung in diesem Jahr haushaltswirksame Krisenmaßnahmen in einem Gesamtvolumen von **1.300 Milliarden Euro** beschlossen hat.²⁰

Und als zusätzliche Stimulierung wollen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf ein **Corona-Wiederaufbaupaket** von gigantischen **750 Milliarden Euro** einigen. Die EU-Kommission will von diesem Wiederaufbauplan 500 Milliarden Euro als Zuschüsse und 250 Milliarden Euro als Kredite vergeben.²¹

¹⁷ *Handelsblatt* vom 5. - 7. Juni 2020, Seite 30.

¹⁸ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 10. Juni 2020, Seite 1.

¹⁹ Vgl. hierzu im Internet: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-eckpunktepapier.pdf?__blob=publicationFile&v=8. Professor *Jürgen Stark* kritisiert in seinem Gastkommentar „Die Retter haben das Maß verloren“ im *Handelsblatt* vom 26. - 28. Juni 2020 auf Seite 72 das Konjunkturpaket der Bundesregierung: „Der Staat ist allgegenwärtig und als großer Planer zurück in unseren Volkswirtschaften. Er übertrumpft seine für einmalig gehaltenen Interventionen während der Finanz- und Schuldenkrise nach 2008.“ Stark war von 2006 bis 2012 Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der Europäischen Zentralbank.

²⁰ Siehe hierzu *Gabor Steingart*: Das Morning Briefing vom 6. Juli 2020, Seite 4. Diese 1.300 Milliarden Euro entsprechen 40 Prozent der erwarteten Wirtschaftsleistung Deutschlands im Jahr 2020. Der vor drei Jahren verstorbene Altkanzler *Helmut Kohl* hat immer gewarnt: „Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt der Sozialismus.“ Das wird sich in diesem Jahr erfüllen. Nach Angaben der Europäischen Kommission wird die Staatsquote in Deutschland im laufenden Jahr 54,2 Prozent erreichen.

²¹ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 3. Juli 2020, Seite 17. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19. Mai 2020 kritisiert auf Seite 15: „Für die deutsche Regierung ist das eine 180-Grad-Wende. Bisher hatte sie sich dafür eingesetzt, nur Kredite zu vergeben.“ Und der *Degussa Marktreport* warnt in seiner Ausgabe vom 4. Juni 2020 auf Seite 2 eindrücklich: „Im Euroraum bahnt sich ein weiteres Drama an: Ein 750 Mrd. Euro schwerer ‚Wiederaufbaufonds‘ soll aufgestellt werden. Damit würden neben dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) aus dem Jahr 2012 und dem berühmt berüchtigten ‚Target-2-Mechanismus‘ ein weiteres Vehikel zur Umverteilung von nationalen Steuergeldern quasi durch die Hintertür lanciert.“

Die *FINANZWOCHE* schreibt, dass die Stimulierungen in den Jahren nach der Finanzkrise immer mehr zugenommen und inzwischen „ungeahnte Ausmaße“ angenommen haben: „Schwer vorstellbar, dass diese enorme Flut sich nicht positiv auf Aktienkurse auswirkt.“²² Und Analysten von der *Bank of America* schätzen, dass 90 Prozent der aktuellen Rallye an den Aktienbörsen von der im Übermaß vorhandenen Liquidität getrieben wird.²³

Zwar gibt es einige positive Stimmen zu diesen konzertierten Aktionen. So äußert sich zum Beispiel Professor *Lars Feld* zum deutschen Krisenprogramm: „im Großen und Ganzen hat die Bundesregierung gut und richtig auf diese Krise reagiert.“²⁴ Aber die negativen Reaktionen überwiegen. Die *Neue Zürcher Zeitung* kritisiert: „Berlin entfacht ein teures Strohfeuer“ und warnt: „Wirtschaftswachstum allein dürfte zum Abbau der Verschuldung kaum ausreichen – neue Belastungen des Steuerzahlers ... sind absehbar.“²⁵ Professor *Bert Rürup* ergänzt: „die damit verbundenen Staatsschulden müssen von den nachfolgenden Generationen bedient werden“.²⁶

Und genau hier liegt das Problem. Die durch die Krisenprogramme neu entstandenen Schuldenberge müssen wieder abgetragen werden. Wir von *Schmitz & Partner* sehen im Wesentlichen nur zwei Möglichkeiten hierzu – **einmalige Vermögensabgaben** und **höhere Inflationsraten**.

Schon kurz nach der Bekanntgabe der milliardenschweren Hilfsprogramme gab es Stimmen in der Partei „Die Linke“, die die Kosten der Krise „gerecht“ verteilen wollen. Durch „eine einmalige Vermögensabgabe auf alle Vermögen ab zwei Millionen Euro und dann eine Wiedereinführung der regulären Vermögensteuer auf allen Vermögen oberhalb von einer Million Euro“, fordert Parteichefin *Katja Kipping*.²⁷ Und der potentielle Koalitionspartner bei der nächsten Bundestagswahl im kommenden Jahr, die SPD, nutzt in Person ihrer Parteivorsitzenden *Saskia Esken*²⁸ die Corona-Krise, um ihre Weltanschauung zu demonstrieren: „Wir werden eine faire Lastenverteilung brauchen – und

²² *FINANZWOCHE* vom 2. Juli 2020, Seite 8.

²³ Vgl. *Finanz und Wirtschaft* vom 10. Juni 2020, Seite 1.

²⁴ *Institutional Money*, 2. Quartal 2020, Seite 34. In dem Interview mit dem Anlagemagazin (Seite 32 - 42) betont Feld, dass es zu dem beschlossenen Konjunkturprogramm keine Alternative gab, „denn ein herkömmliches Konjunkturprogramm hätte ja nicht mehr geholfen.“ (Seite 34). Feld ist Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung und damit formal betrachtet der ranghöchste wirtschaftliche Berater der Bundesregierung.

²⁵ *Neue Zürcher Zeitung* vom 5. Juni 2020, Seite 9.

²⁶ *Handelsblatt* vom 8. Juni 2020, Seite 12. Rürup hatte von 1976 bis zu seiner Emeritierung 2009 den Lehrstuhl für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der TU Darmstadt und war viele Jahre sogenannter „Wirtschaftsweiser“.

²⁷ Siehe hierzu *Degussa Marktreport* vom 7. Mai 2020, Seite 12.

²⁸ *Hans-Hermann Tiedje*, der frühere Chefredakteur der Zeitung *Bild*, beschreibt Saskia Esken in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 10. Juni 2020 auf Seite 8 mit den Worten: „Die Dame mit dem Charme der Leiterin einer Gefängniswäscherei“. Dass Tiedje mit seiner negativen Einschätzung der Parteivorsitzenden der SPD nicht allein steht, zeigt der Artikel „Doppelte Misere“ im Nachrichtenmagazin *DER SPIEGEL* vom 4. Juli 2020 auf den Seiten 28 - 30, der neben Esken auch den zweiten Parteivorsitzenden, *Norbert Walter-Borjans*, in das „Trauerspiel“ (Seite 29) mit einbezieht.

die kann für die SPD nur so aussehen, dass sich die starken Schultern in Deutschland auch stark beteiligen.“²⁹

Und auch das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW) stellt Überlegungen an, nach dem Vorbild des Lastenausgleichsgesetzes von 1952 eine einmalige Vermögensabgabe zu erheben. Der Satz der einmaligen Abgabe soll 20 Prozent betragen und auf 15 bis 20 Jahre gestreckt werden. Das DIW rechnet so mit bis zu 25 Milliarden Euro jährlichen Einnahmen, die zur Tilgung der Corona-Schulden eingesetzt werden können.³⁰ Die *FINANZWOCHE* ergänzt: „In Berlin soll man dagegen drastisch hohe Vermögensabgaben für reiche deutsche Mitbürger durchspielen – gestreckt auf 10-Jahres-Fristen im Hinblick auf die sehr hohen Prozentsätze der Vermögensabgaben.“³¹

Wie ernst es deutschen Politikern mit der einmaligen Vermögensabgabe ist, zeigt eine Anfrage des Deutschen Bundestages bei den *Wissenschaftlichen Diensten des Deutschen Bundestages* zur Verfassungsmäßigkeit einer solchen Abgabe. Den zehnteiligen Bericht mit dem Titel „Verfassungsmäßigkeit einer Vermögensabgabe zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie“ können interessierte Leser im Internet mit der Eingabe des Aktenzeichen WD 4 - 3000 - 041/20 in eine Suchmaschine finden und nachlesen. Gleich die beiden ersten Sätze in dieser Untersuchung lauten: „Der folgende Sachstand befasst sich mit der Möglichkeit der erneuten Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe zur teilweisen Finanzierung der Corona-Krise. Auf diese Weise könnten Wohlhabende durch einmalige Zahlungen zur Refinanzierung des Staates herangezogen werden.“³²

Insbesondere Eigentümer von Immobilien werden im Rahmen der einmaligen Vermögensabgaben kräftig zur Ader gelassen werden. So schreibt *Daniel Stelter*: „Immobilien werden zum beliebten Ziel der Politik für Sondersteuern alle Art werden und zudem wird es Eingriffe wie den Mietendeckel, der gerade in Berlin eingeführt wird, geben.“³³ Und die *Neue Zürcher Zeitung* ergänzt: „Für Immobilien-Anleger könnte dies beispielsweise bedeuten, dass sie über Steuern oder Sondervermögensabgaben um ihre Erfolgsprämie gebracht werden.“³⁴

Wem die drohende Gefahr einer einmaligen Vermögensabgabe – und hier insbesondere der kräftige Vermögensverlust für Eigentümer von Immobilien – zu unwahrscheinlich erscheint, dem sei dringend die Analyse von *Volker Nied* mit dem Titel: „Vermögensabgabe

²⁹ *WirtschaftsWoche* vom 9. April 2020, Seite 16. In der Titelgeschichte „Marx hilft? Hilfe!“ (Seite 14 - 19) kritisiert das Magazin die grundsätzliche Einstellung der linken Politiker zu Marktwirtschaft und Staat und schreibt: „Was linke Träumer übersehen: Der Markt ist nicht das Problem. Und der Staat schon gar nicht die Lösung.“ (Seite 15)

³⁰ Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 18. April 2020, Seite 18.

³¹ *FINANZWOCHE* vom 4. Juni 2020, Seite 5.

³² Das Zitat steht in der Studie auf Seite 4. Und auch das vorweggenommene Ergebnis findet sich bereits auf Seite 4: „die Vermögensabgabe ... ist ... grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig.“

³³ *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Mai 2020, Seite 21. Lesenswert ist das Ende April erschienene Buch von Stelter: *Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise*, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2020.

³⁴ *Neue Zürcher Zeitung* vom 30. April 2020, Seite 23.

ante portas? Über das kommende Lastenausgleichsgesetz und was wir aus der Vergangenheit erfahren können“ empfohlen.³⁵

Die gerade eben angesprochene zweite Möglichkeit, den wegen der Folgen der Corona-Krise aufgehäuften riesigen Schuldenberg abzutragen oder zumindest im Laufe der Zeit erträglicher zu machen, ist eine von der Politik gewollte und bewusst herbeigeführte **deutlich höhere Inflationsrate**. Denn je höher die Inflationsrate, desto erträglicher ist die Schuldenlast. Die nominale Schuldenhöhe bleibt zwar konstant, aber die reale Schuldenlast wird durch den Kaufkraftverlust immer geringer.

Daher ist es Ziel der Politiker, eine höhere Inflationsrate zu erreichen und die Bevölkerung und die Anleger über die wahre Höhe des Kaufkraftverlustes möglichst lange im Unklaren zu lassen. Dass schon jetzt die wahre Inflationsrate viel höher ist, als es uns die Politik (in Deutschland in Form des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden) weismachen will, zeigt ein Blick auf die Grafik auf Seite 3 dieses Quartalsberichtes, in dem der tatsächliche Kaufkraftverlust sofort zu erkennen ist. Professor *Joachim Starbatty* schreibt in seinem Beitrag „Inflation oder Staatskonkurs“ in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*: „Da die Politiker in der Eurozone bisher Staatskonkurse vermieden haben und wohl auch zukünftig vermeiden werden, erscheint Inflation als wahrscheinlichere Variante, die Staatsschulden loszuwerden.“³⁶

Die ersten Schlagzeilen über zukünftig steigende Inflationszahlen sind in der Presse schon zu lesen: „Kommt nun die grosse Inflation?“ fragt die *Neue Zürcher Zeitung* und schreibt im Untertitel: „Die Corona-Krise wird mit gigantischen Geldsummen bekämpft – das weckt Ängste vor starkem Preisauftrieb“.³⁷ Die *WirtschaftsWoche* titelt: „Sie ist wieder da“ und warnt vor steigenden Inflationsraten, weil sich durch die stark steigenden Geldmengen „ein enormer Geldüberhang gebildet“ hat.³⁸ Das *Handelsblatt* fragt in der Überschrift: „Kommt jetzt die Inflation?“ und nennt als einen Grund: „Die Zentralbanken pumpen Billionen in die Märkte“.³⁹ Und die *Finanz und Wirtschaft* stellt fest: „Inflationsgefahr wird unterschätzt“ und „warnt vor den langfristigen Auswirkung der Politik auf die Preisentwicklung.“⁴⁰

Auf lange Sicht gibt es für den Anleger also durchaus Gründe, sich über die zunehmenden Inflationsraten und damit über die Wertstabilität des Geldes Sorgen zu machen

³⁵ *Smart Investor*, Mai 2020, Seite 18 - 23. Nied schreibt zur möglichen Entwicklung der Immobilienpreise in Deutschland: „Der heute noch beachtliche Wert eines Mietshauses könnte dann über sehr viele Jahre hinweg erodieren, bis er kaum noch bedeutsam ist. Anmerkung: Von 1923 an war die vermietete Immobilie für ca. 30 Jahre wirtschaftlich ‚tot‘. Der Lastenausgleich war monatlich zu bedienen, die Wahrscheinlichkeit von Mietausfällen gleichzeitig hoch.“ (Seite 23)

³⁶ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. April 2020, Seite 25.

³⁷ *Neue Zürcher Zeitung* vom 9. Mai 2020, Seite 17. Der Artikel führt aus: „Aus der Wirtschaftsgeschichte weiss man aber, wohin es meist führt, wenn Notenbanken während sehr langer Zeit sehr expansiv agieren und dabei selbst vor der (direkten oder indirekten) Finanzierung der Staatsausgaben nicht zurückschrecken, wie neuerdings auch in den USA oder im Euro-Raum der Fall: Die Folgen sind ein Verlust von Vertrauen in die Währung und ein Anspringen der Inflation.“

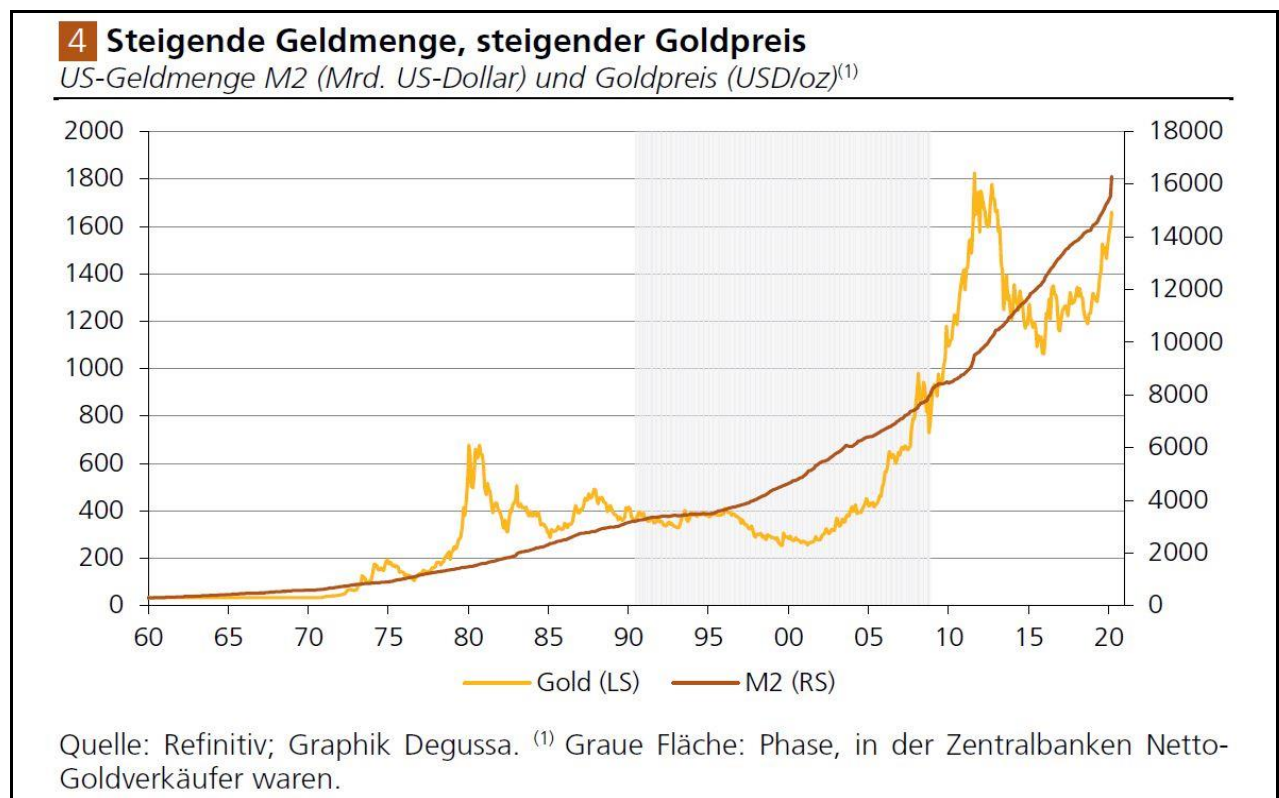
³⁸ *WirtschaftsWoche* vom 5. Juni 2020, Seite 77 und Seite 78.

³⁹ *Handelsblatt* vom 20. Mai 2020, Seite 24 und Seite 25.

⁴⁰ *Finanz und Wirtschaft* vom 13. Juni 2020, Seite 17.

– insbesondere wegen der stark steigenden Geldmengen. **Welche Möglichkeiten gibt es, sein Vermögen vor zunehmendem Kaufkraftverlust wirksam zu schützen?** Historisch gesehen haben sich zwei Absicherungsstrategien gegen steigende Inflationsraten als sehr sinnvoll bewährt: **Aktien und Edelmetalle!**

Insbesondere Gold und Silber erscheinen im Umfeld stark anschwellender Geldmengen eine gute Absicherungsstrategie gegen den Schwund der Kaufkraft. „So konnte Gold, das kaum vermehrbar ist, über zwei Jahrhunderte den Kaufkraftverlust der Weltwährung Dollar ausgleichen.“⁴¹ Die folgende Grafik zeigt diesen Zusammenhang auf einen Blick. Die langsam, aber stetig ansteigende braune Linie steht für das Wachstum der Geldmenge in der Abgrenzung M2, die gelbe Linie ist die Entwicklung des Goldpreises in US-Dollar. Auf lange Sicht steigt der Goldpreis mit der Geldmenge, die Kaufkraft in Gold bleibt erhalten:



Quelle: *Degussa Marktreport*, 9. April, Seite 4

Und auch Silber, das historisch gesehen zu Gold in einem Preisverhältnis von 60 : 1 steht, was bedeutet, dass man für 60 Unzen Silber eine Unze Gold erhält, ist aktuell sehr attraktiv. Mitte März diesen Jahres kostete eine Unze Gold so viel wie 126 Unzen Silber – das war ein absoluter Höchststand. Inzwischen ist das Verhältnis wieder auf unter 100 gefallen. Silber hat sich also in den letzten Monaten deutlich besser entwickelt als Gold. „Historisch leiteten Extremwerte von über 100 immer einen Übergang von einer eher deflationären zu einer inflationären Phase ein.“⁴²

⁴¹ *WirtschaftsWoche* vom 5. Juni 2020, Seite 80.

⁴² Siehe vorherige Fußnote.

Mit dem *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds sind wir mit einem Anteil von über 20 Prozent des Fondsvermögens im physischem Gold und Silber investiert, und damit auf das von uns erwartete Szenario von stark steigenden Geldmengen und damit einhergehenden deutlich höheren Inflationsraten gut vorbereitet.

Im ersten Halbjahr 2020 weisen die beiden *Schmitz & Partner* Investmentfonds wieder einmal hervorragende Platzierungen auf. Per Anfang Juni liegt der *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds auf Rang 40 von 1038 vergleichbaren Fonds (*WirtschaftsWoche* vom 5. Juni, Seite 88), der *Schmitz & Partner Global Defensiv* Fonds sogar auf Rang 3 von 360 vergleichbaren Fonds. Oder anders ausgedrückt: rund 96 Prozent bzw. 99 Prozent aller vergleichbaren Investmentfonds haben seit Anfang des Jahres schlechter abgeschnitten als die beiden *Schmitz & Partner* Fonds!

Eine brandaktuelle Fondsanalyse zum *Schmitz & Partner Global Offensiv* Fonds aus der Juli-Ausgabe des *Smart Investor* haben wir diesem Quartalsbericht beigelegt. Überzeugen Sie sich mit der Lektüre von den Vorzügen dieses Fonds.

Abschließen möchten wir diesen Bericht mit einem Rat an unsere Kunden: Sehen Sie einer möglicherweise auf uns zukommenden zweiten Welle der Corona-Pandemie ganz entspannt entgegen – denn solange die Corona-Schutzmasken nur groß genug sind, kann man sie auch anderweitig nutzen:



Quelle: *Neue Zürcher Zeitung* vom 25. April 2020, Seite 8

Bleiben Sie gesund und genießen Sie das Leben! Um das erfolgreiche Management der beiden *Schmitz & Partner* Fonds kümmern wir uns für Sie! Und auf der Corona-Hängematte liegend denken Sie bitte immer daran: „in der anhaltenden Welt ohne Zinsen gibt es kaum attraktive Alternativen zu Aktien.“⁴³

⁴³ *Handelsblatt* vom 8. Juni 2020, Seite 33.